

**Ausschuss „Migration und Inklusion“ der Deputation für Kinder und Bildung
Sitzungsprotokoll der 10. Sitzung**

21. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2023 - 2027

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
03.03.2026	09:00 Uhr	11:21 Uhr	Raum 118-122, Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 9. Sitzung vom 02.12.2025
- TOP 3 Autismus in Schulen – Bestandsaufnahme und Ausblick
(Susanne Knöfel / Meike Wittenberg, SKB)
- TOP 4 Fachsprachkurse für Lehrkräfte im Paritätischen Bildungswerk – Konzeption, Ablauf und Einblick in die Praxis (Eva Raschke, PBW / Olena Zhuravska, Teilnehmerin am PBW / Xenia Köstergarten, SKB)
- TOP 5 Nachteilsausgleich und Notenschutz – Regelungen der BremInBiVO
(Meike Wittenberg, SKB)
- TOP 6 Verschiedenes (u.a. Bericht über die Bildungsabteilungen (Bastian Hartwig, SKB))

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Abg. Yvonne Averwesser eröffnet die Sitzung und bittet um Zustimmung zur vorgelegten Tagesordnung.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss genehmigt die Tagesordnung.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 9. Sitzung vom 02.12.2025

Abg. Yvonne Averwesser stellt das Protokoll der 9. Sitzung vom 02.12.2025 zur Abstimmung.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll der 9. Sitzung unverändert.

TOP 3 Autismus in Schulen – Bestandsaufnahme und Ausblick (Susanne Knöfel / Meike Wittenberg, SKB)

Meike Wittenberg führt ins Thema ein und stellt Susanne Knöfel als neue Referentin für Inklusion vor. Susanne Knöfel stellt Grundzüge des Autismus-Konzeptes anhand einer Präsentation vor. Analog zum Gesamtkonzept für Kinder und Jugendliche in emotional-sozialen Lagen soll sich die Beschulung von Schüler:innen im Autismus-Spektrum an vier identifizierten Handlungsebenen für strukturelle schulische Inklusion und Teilhabe orientieren. Die ersten drei Ebenen betreffen schulinterne, präventiv wirkende Konzepte wie Doppelbesetzung, Multifamilienklassen und temporäre Lerngruppen. Die vierte Ebene umfasst schulexterne, intensivpädagogische Angebote für diese Schüler:innengruppe.

Die Übergänge zwischen den Ebenen sind fließend. Wenn die Maßnahmen einer Handlungsebene nicht ausreichen, muss zunächst geprüft werden, ob die Auslöser identifiziert und bearbeitet werden können (z. B. räumliche Rahmenbedingungen, unterrichtliche Bedingungen, nicht adäquate Ansprache der Schülerin oder des Schülers, offene Situationen, nicht adäquates Sicherheitskonzept).

Susanne Knöfel erklärt, dass autistische Kinder mit einem erhöhten Grundstress in den Tag starten und daher im Verlauf des Tages schneller überlastet seien als neurotypische Kinder. Sie betont die Bedeutung von Haltung und Ausstattung auf verschiedenen Handlungsebenen und unterstreicht, dass Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte besonders wichtig seien, um z.B. Regulationsverhalten erkennen zu können. Ziel müsse die Regulation des Nervensystems sein. Fortbildungsangebote gelten ausdrücklich auch für Kita-Personal. Autismusgerechte Ausstattung nütze grundsätzlich allen Kindern.

Meike Wittenberg verweist auf vorhandene Angebote: Im Land Bremen gibt es 15 Avatare, die an das Zentrum für Pädagogik bei Krankheit (Krankenhausschule) angebunden sind und für die Unterrichtung somatisch erkrankter Schüler:innen ausgelegt sind. Eine Ausweitung auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen mit Autismus wird geprüft.

Sarah Stoppe-Ramadan stellt ein Interventionsteam vor, das spezialisiert autistische Kinder und deren Lehrkräfte berät und Klassenteams in deeskalierendem Handeln unterstützt. Dieses Interventionsteam des Martinsclubs fährt unterschiedliche Schulen an und unterstützt Klassenteams mit konkreten Handlungsangeboten vor Ort. Ein Ausbau zu größeren mobilen Unterstützungsstrukturen sei gewünscht. Mobile schallgeschützte Räume wurden als mögliche Lösung präsentiert.

In der Diskussion fragt Serfiraz Vural nach der Verstärkung von Stress an der Schnittstelle Autismus und Rassismus, Meike Wittenberg und Susanne Knöfel erklären, dass Rassismus zusätzliche Belastungen auslösen kann, wobei das Grundstressniveau unterschiedlich gelagert sein kann. Heike Ohler weist auf normierten Platzbedarf hin und benennt eine Diskrepanz zwischen Konzepten und Realität. Rechtsfragen zur Entscheidung, ob Assistenz nach SGB VIII oder IX erfolgt, werden diskutiert und Sarah Stoppe-Ramadan stellt dar, dass das bundesweite Verfahren noch auf ICD-10 basiere, ICD-11 sei im föderalen System noch nicht vollständig angekommen. Kritisch wird die Gefahr gesehen, dass schulersetzende Maßnahmen (Ebene 4) die Inklusion unterlaufen könnten. Konsens besteht darin, vorrangig die Ebenen 1 und 2 zu stärken und inklusive Angebote an Schwerpunktschulen zu schaffen, ohne exklusive Beschulung zu fördern. Susanne Knöfel weist darauf hin, dass eine Entfernung aus der Gruppe und darauffolgende Wiedereingewöhnung für autistische Schüler:innen Stress verursache und möglichst vermieden werden solle. Bastian Hartwig fordert eine fachliche Differenzierung zwischen sozial-emotionalen Zielgruppen und Autismus sowie die Schaffung von Schwerpunktschulen beziehungsweise inklusiven Angeboten.

Die räumliche Ausstattung wird als grundsätzlich schwierig und die Wege zu Schwerpunktschulen werden als problematisch beschrieben. Konkrete Ausstattungsvorschläge wie Abdunkelung, Sonnenbrillen bei Lichtempfindlichkeit oder Noise-Cancelling-Kopfhörer werden genannt, um Kindern die Erfüllung individueller Bedürfnisse zu ermöglichen. Heike Ohler betont den Personalbedarf und dass Fortbildungsbudgets nicht ausreichen. Der Informationsfluss beim Übergang Kita → Grundschule wird als oft nicht verlässlich beschrieben. Der Datenaustausch erfordere die Einwilligung der Eltern, es gebe aber positive Beispiele wie Hospitationen und Hausbesuche. Susanne Knöfel berichtet von intensiver Elternarbeit und seichten Einstiegen in die Grundschule für Kinder. Als vereinbarte nächste Schritte werden Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte und Kita-Personal priorisiert, fortgebildete Lehrkräfte sollen als Multiplikator:innen eingesetzt und regionale Standorte/Schwerpunktschulen zur sozialräumlichen Anbindung eru-iert werden. Mobile Angebote würden weiter geprüft sowie das Konzept um ein Kapitel Elternarbeit ergänzt.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 3 zur Kenntnis.

TOP 4 Fachsprachkurse für Lehrkräfte im Paritätischen Bildungswerk – Konzeption, Ablauf und Einblick in die Praxis **(Eva Raschke, PBW / Olena Zhuravska, Teilnehmerin am PBW / Xenia Köstergarten, SKB)**

Xenia Köstergarten führt in das Thema ein. Eva Raschke stellt Olena Zhuravska als am Fachsprachkurs teilnehmende Lehrkraft vor. Olena Zhuravska berichtet, dass sie sich für den Fachsprachkurs entschieden habe, um ihr Deutsch auf ein akademisches Niveau (C1/C2) zu bringen. Die Kurse seien praxisnah, übten reale Schulsituationen und hätten ihr Sicherheit gegeben, schulische Situationen zu begleiten und Eltern beim Zugang zum Bildungssystem zu unterstützen. Eva Raschke bezeichnet das Projekt als bundesweites Erfolgsprojekt, weist jedoch auf unklare Finanzierungsperspektiven hin. Merle Bilinski fragt nach dem Verpflichtungsrahmen, Eva Raschke verweist auf das Bremer Ausbildungsgesetz für Lehrkräfte. Xenia Köstergarten betont, dass Angebote vom Bedarf und den zur Verfügung stehenden Mitteln abhingen. Es wird festgehalten, dass die Erfolge weithin anerkannt seien und die Finanzierung weiter geklärt werden müsse.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 4 zur Kenntnis.

TOP 5 Nachteilsausgleich und Notenschutz – Regelungen der BremlnBiVO **(Meike Wittenberg, SKB)**

Meike Wittenberg führt in das Thema ein. Sie betont, dass der Nachteilsausgleich kein „Geschenk“ und insbesondere relevant für Schulabschlüsse sei. Abg. Yvonne Averwesser äußert Kritik daran, dass LRS-Kurse nicht mehr flächendeckend an Schulen angeboten werden. Meike Wittenberg erklärt, dass LRS-Förderung auch bisher nicht zwingend an Schulen angebunden gewesen seien und viele Kinder dort nicht erreicht würden; BLIK-Kurse hätten sich als erfolgreicher erwiesen. Schulen nutzten zudem BuT-Mittel und externe Träger für LRS-Förderung. Ziel müsse es sein den Schriftspracherwerb und die frühe Lese- und Schreibförderung so wirksam zu gestalten, dass der Bedarf für Folgeförderung reduziert wird. Für Kinder mit Migrationshintergrund sei Alphabetisierung in der Grundschule besonders wichtig, da Nichtlesen-Können Scham verursache und sich auf alle Fächer auswirke. Arne Frankenstein weist darauf hin, dass der Katalog der Berechtigten offen sei. Als Maßnahmen werden der Versand eines Elterninfobriefs und die Information an Schulleitungen über die Schulleitungs-Dienstbesprechungen angekündigt; Monitoring und Stärkung früher Leseförderung bleiben prioritäre Anliegen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 5 zur Kenntnis.

TOP 6 Verschiedenes

(u.a. Bericht über die Bildungsabteilungen (Bastian Hartwig, SKB))

Bastian Hartwig berichtet zu den Bildungsabteilungen (BiA). Er erklärt, dass Beratung und Bildungsangebote eng verzahnt seien. Die Übergänge in die Berufsbildung würden so gut es geht gestaltet – treffen jedoch auf ein System, das hinsichtlich der Bedarfe der Schüler:innen, die aus der BiA aus Klasse 10 übergehen, nur bedingt ausgestattet ist. Es sind im Übergang Drop-Out-Prozesse zu befürchten. Aktuell befinden sich 52 Schüler:innen der 10. Klasse in den BiA, die zum nächsten Schuljahr in das berufsbildende System übergehen. Aus der Schülerschaft der Fritz Gansberg Straße sind ca. 40–45 % erfolgreich zurück in die Schule überführt worden. Knapp 18 % befinden sich in der Anbindung an Schule. Hospitationen zwischen BiA und Schulen werden als förderlich angesehen.

Arne Frankenstein betont die Notwendigkeit, das System ständig an Bedarfe anzupassen und von der Region Bremen-Süd zu lernen, wo die Bildungsabteilung besonders gut funktioniert; die Verankerung in Quartieren sei wichtig. Bastian Hartwig weist auf regionale Unterschiede hin (Bremer Osten als zu große Region). Meike Wittenberg verweist darauf, beim begleiteten Übergang in die Regelschule die Schulbegleitung nach §35a einzubinden. Bastian Hartwig merkt an, dass sich die Schüler:innenzusammensetzung durch den Abgang vieler 10. Klassen verändert habe und jüngere Schüler:innen andere Bedarfe und Herausforderungen mit sich bringen würden, weshalb Anschlüsse und Aufnahme jüngerer Schüler:innen eine Neuorientierung erforderten. Abg. Yvonne Averwesser schlägt vor, den Bericht zu den BiA in der nächsten Sitzung vorzuziehen und um Haushaltsergebnisse zu ergänzen.

Abg. Yvonne Averwesser verlässt die Sitzung vorzeitig und übergibt die Leitung an Abg. Miriam Strunge. Als offene Punkte und Folgeaufgaben verbleiben die Konkretisierung des Fortbildungsplans 2026 zu Autismus, die Erhebung regionaler Bedarfe und möglicher Standorte für Schwerpunktschulen, die Weiterentwicklung mobiler Dienste und Prüfung von Finanzierungswegen (u. a. durch Krankenkassen), die Klärung der Finanzierung und des rechtlichen Rahmens für Fachsprachkurse für zugewanderte Lehrkräfte.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 6 zur Kenntnis.

Die Sitzung wird um 11:21 Uhr geschlossen.

gez.

Yvonne Awerwieser

Sprecherin des Ausschusses

gez.

Annika Hohorst

für das Protokoll

- Anlagen